

Hungrig, schutzlos und oft vergessen: Kinder auf der Flucht

Zusammenfassung und Empfehlungen des Berichts von World Vision Deutschland zum Weltflüchtlingstag 2022

Kinder auf der Flucht gehören zu den am meisten gefährdeten Menschen der Welt. Flucht und Vertreibung unterbrechen jeden Aspekt des Lebens, der für Kinder in sicheren Ländern selbstverständlich ist: Schulunterricht, ein Zuhause, regelmäßige Mahlzeiten, medizinische Versorgung, Sicherheit und Schutz vor Gewalt ... die Liste ließe sich lange fortsetzen. Vertriebene und geflüchtete Kinder sind oftmals gleichzeitig verschiedensten Krisen wie Konflikte, Nahrungsmittelkrisen oder dem Verlust der eigenen Familie ausgesetzt. Diesen Notlagen können sie wenig entgegensetzen und sie erhalten oft viel zu wenig Unterstützung, um die Belastungen zu bewältigen. Die globalen Auswirkungen der gegenwärtigen multiplen Krisen zeigt die bestehenden weltweiten Abhängigkeiten und die Vulnerabilität der Schwächsten und besonders Gefährdeten.

Die ohnehin schon fragile Ernährungssituation im globalen Süden, hervorgerufen durch Klimaveränderungen, Dürrekatastrophen und den negativen wirtschaftlichen Folgen aufgrund der Covid-19 Pandemie, hat sich durch den anhaltenden Konflikt in der Ukraine noch weiter dramatisch verschlechtert. Die Welt steht nun kurz vor einer globalen Hungerkatastrophe. Hunger und Konflikte führen zu Not und Vertreibung von Menschen - sowohl innerhalb als auch außerhalb ihres Landes. Der Lebensunterhalt der Menschen geht verloren, die Sicherheit und das Leben von zahlreichen Familien ist gefährdet. Vor allem die Kinder sind schutzlos gewaltsamen Übergriffen, auch sexualisierte Gewalt, ausgeliefert.

Explodierende Weltmarktpreise für Grundnahrungsmittel und der Exportstopp von Weizen und Düngemittel aus der Ukraine erschweren die Versorgung vieler – vom Weizenimport abhängiger Länder im Globen Süden, und trifft die Ärmsten der Armen als erstes.

Für vertriebene Kinder und ihre Familien, die oft auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, ist dies eine zusätzliche Verschärfung einer schon bestehenden Katastrophe.

Ein aktueller, zum diesjährigen Weltflüchtlingstag erschienener Bericht von World Vision („**Hungrig, schutzlos und oft vergessen: Kinder auf der Flucht**“) befasst sich mit der Situation von Geflüchteten in Afrika, Asien und Lateinamerika. Für den Bericht wurden Binnenvertriebene und Geflüchtete in 11 Ländern befragt, um die Risiken zu verstehen, denen insbesondere Kinder auf der Flucht ausgesetzt sind, und um dringend notwendige Handlungsoptionen und politische Maßnahmen aufzuzeigen, damit die Kinder schnell die benötigte Hilfe erhalten können. Die Ergebnisse sind alarmierend - insbesondere da sich die Herausforderungen vervielfachen und immer mehr Kinder immer größeren Risiken ausgesetzt sind. Zum zweiten Mal in Folge meldete die Mehrheit der Geflüchteten und Binnenvertriebenen einen Einkommensrückgang. 82 % der Befragten gaben an, dass sie sich das Nötigste für ihren Lebensunterhalt nicht mehr leisten können. Diese Familien und ihre Kinder brauchen umgehend Hilfe, um zu überleben.

Es ist komplex, die schon existierenden Humanitären Krisen zu überschauen und zu analysieren, wie der globale Ernährungsnotstand den Kinderschutz und die Zukunft von Millionen von Kindern

gefährdet. World Vision fordert aufgrund der mit den Befragungen gewonnenen Erkenntnisse, Regierungen, die internationale Gemeinschaft und Geber dringend dazu auf, bei ihren Entscheidungen zur globalen Krisenbewältigung die Belange der stärksten gefährdeten, vertriebenen Kinder der Welt mehr in den Fokus zu nehmen. Dazu sind ausreichende Ressourcen für Humanitäre Hilfe sowie auch für die Entwicklungszusammenarbeit notwendig, um langfristige Strukturen zu schaffen und um bessere und resiliente Krisenbewältigungsmechanismen aufbauen zu können. Es muss sichergestellt werden, dass Maßnahmen wirksam und nachhaltig sind und bis in die nächste Generation hineinwirken.

[Textbox]:

Konflikte, Klimawandel, COVID-19 und steigende Kosten haben nicht nur die bereits bestehenden Probleme flüchtender Menschen verschlimmert, sondern auch neue Hindernisse und Risiken geschaffen. Diese Flüchtenden, die ohnehin schon zu den gefährdetsten Bevölkerungsgruppen der Welt gehören, sehen sich nun noch größeren Herausforderungen in den Bereichen Gesundheit, Schutz und Bildung sowie psychosozialer Belastung gegenüber. Die Reaktion der Geber auf die Ukraine-Krise war ein Beispiel an Solidarität. Innerhalb von nur zwei Monaten wurden 61,5 % (1,38 Mrd. USD) der benötigten Mittel mobilisiert, sowie weitere 340,48 Mio. USD für die regionale Flüchtlingshilfe. Bei Aufrufen für andere Notsituationen ist dies leider nicht der Fall. In den letzten sechs Monaten wurden nur 18 % (860 Mrd. USD) aller UN-Hilfspläne und -aufrufe für 2022 finanziert.

Von dieser Summe gehen gerade mal 4% in den besonderen Schutz von Kindern. Damit ist der Kinderschutz der am wenigsten finanzierte Bereich der gesamten humanitären Hilfe. Dies hindert die Verwirklichung der in der UN-Kinderrechtskonvention verankerten Rechte massiv. Alle Menschen auf der Flucht und Binnenvertriebene verdienen und benötigen dringend humanitäre Hilfe – unabhängig davon, woher sie kommen oder wo sie Zuflucht suchen. Wir fordern alle Geber auf, ihre bestehenden Finanzierungszusagen für die weltweite Flüchtlingskrise einzuhalten und die Unterstützung für Flüchtlinge und Binnenvertriebene im kommenden Jahr zu erhöhen.]

Ergebnisse:

Die von World Vision durchgeführte Umfrage unter geflüchteten und vertriebenen Menschen im Jahr 2022 hat gezeigt, dass

die COVID-19-Pandemie für Menschen, die in fragilen Kontexten und den ärmsten Ländern leben, immer noch ungebrochen ist. Sie leiden mehr als andere Bevölkerungsgruppen, weil sie aufgrund von sich verschärfenden Krisen oder fragilen Kontexten gleich doppelt oder dreifach betroffen sind.

- Vertriebene Menschen haben in den laufenden COVID-19- und Krisenplänen nach wie vor eine niedrige Priorität, insbesondere diejenigen, die in langandauernden Katastrophensituationen leben.
- Die Verschuldung vieler Haushalte erhöht sich massiv, dabei hat sich die Wirtschaftskraft noch nicht erholt. Zwei Jahre in Folge meldete die Mehrheit der Flüchtenden und Vertriebenen einen Rückgang ihres Einkommens. Schon im Jahr 2021 meldeten 72 % einen Rückgang ihres Einkommens, und 56 % berichteten, dass ihr Einkommen im Jahr 2022 noch weiter gesunken sei.
- Fast 21 Millionen Kinder auf der ganzen Welt sind nur eine Handbreit von einer Hungersituation entfernt und sehen sich akut vom Verhungern bedroht. Millionen weitere sind zu Hause oder in ihrer Gemeinschaft Gewaltsituationen ausgesetzt, denn Familien

werden durch drohende Nahrungsmittelunsicherheit zu verzweifelten Überlebensstrategien gezwungen.

- o 82 % der Befragten gaben an, dass sie nicht in der Lage sind, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, und berichteten, dass sie sich Dinge wie medizinische Versorgung, Miete und Lebensmittel nicht leisten können.
- o 78 % aller befragten Flüchtlinge und Binnenvertriebenen waren nicht in der Lage, ihren täglichen Nahrungsmittelbedarf zu decken.
- Der Zugang zu Impfstoffen bleibt ungleich verteilt und ist für viele unerreichbar. In 184 Ländern wurden mehr als 11,8 Milliarden Dosen verabreicht, doch die Verteilung ist nach wie vor ungleich. Die am wenigsten wohlhabenden Länder wie die Demokratische Republik Kongo (DRK) und Uganda, in denen sich eine große Zahl von Menschen mit Fluchthintergrund aufhält, haben nur 1,4 % der verfügbaren Impfstoffe erhalten - seit Juni 2021 wurden nur 1,1 % ihrer Bevölkerung zusätzlich geimpft.
- Flüchtende und Vertriebene haben oft keinen Zugang zu medizinischer Versorgung, wenn sie krank werden. Eine von vier befragten Personen gab an, im letzten Jahr ein Familienmitglied verloren zu haben. Vier von 10 dieser Todesfälle waren auf COVID-19 zurückzuführen.

Die Sicherheit von Kindern ist bedroht, und Kinder und ihre Familien haben Schwierigkeiten, die sozialen Dienstleistungen zu bekommen, die sie dringend benötigen.

- 15,4 Millionen (44 %) der flüchtenden und binnenvertriebenen Kinder haben keinen Zugang zu den für sie wichtigen Kinderschutzdiensten - ein Anstieg um 13 % gegenüber 2021.
- Familien werden getrennt, wodurch Kinder einem größeren Risiko ausgesetzt sind, Gewalt zu erfahren oder ausgebeutet zu werden, wenn sie ohne Erwachsene oder andere Familienmitglieder unterwegs sind. Befragten gaben an, dass sie in den letzten 12 Monaten mehr allein reisende Frauen mit Kindern (37 %), mehr unbegleitete junge Frauen (16 %) und mehr allein reisende Kinder (16 %) im Vergleich zu 2021 gesehen haben.
- Fast die Hälfte der Kinder (49 %) hat Probleme mit dem Zugang zu einer sicheren Unterkunft, während 44 % Probleme mit dem Zugang zu psychologischer Unterstützung und rechtlichen Beratungsdiensten haben.
- Flüchtende und binnenvertriebene Kinder haben Schwierigkeiten, Zugang zu Bildung zu bekommen.
- o Eine von drei Familien hatte Kinder, die noch immer von Schulschließungen betroffen waren.
- o Die Zahl der Familien, die angaben, nicht über die nötigen Mittel zu verfügen, um ihre Kinder zur Schule zu schicken, verdoppelte sich von 2021 auf 2022. Eine von Fünf Familien gab an, nicht über die nötigen Mittel zu verfügen, um ihre Kinder zur Schule zu schicken.

Empfehlungen:

Die World Vision-Studie 2022 hat ergeben, dass gewaltsam vertriebene Mädchen und Jungen mehr denn je gefährdet sind. Sie sind der Ernährungsunsicherheit durch die globale Hungerkrise, den langfristigen sozioökonomischen Auswirkungen der globalen Pandemie, den anhaltenden Konflikten und dem Klimawandel ausgesetzt.

Diese komplexen Faktoren haben zu einer weltweiten Kinderschutzkrise geführt. Leider geschieht das zu einer Zeit, in der die Ressourcen für die Stärkung der Dienste und Systeme, die Kindern helfen weit hinter dem Bedarf zurückbleiben. Dabei ist es enorm wichtig dafür zu sorgen, dass

Kinder sicher und gesund bleiben und sich von den Auswirkungen von Konflikten und Vertreibung zu erholen.

World Vision ruft die Vereinten Nationen, Regierungen der Geberländer (so auch die Bundesregierung Deutschlands), Aufnahmeländer, lokale Behörden Nichtregierungsorganisationen und Spenderinnen und Spender auf, dafür zu sorgen, dass gewaltsam vertriebene Kinder in allen Krisen Zugang zu dem Schutz bekommen, den sie so dringend benötigen. Lebensrettende Kinderschutzprogramme gilt es aufrechtzuerhalten und sogar zu erweitern. Kindeswohl muss erste Priorität haben bei der Eindämmung der wachsenden Hungerkrise. Vorbeugung und Milderung von Gewalt und Ausbeutung von Kindern sollten integraler Teiler jeder humanitären Hilfsaktion sein.

In Krisen weltweit müssen alle Konfliktparteien

- ihren Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht, den Menschenrechten und dem Flüchtlingsrecht nachkommen. Kinder müssen unbedingt vor schweren Verletzungen ihrer Rechte geschützt werden.
- einen sicheren, ungehinderten Zugang für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheitswesens und der humanitären Hilfe sowie für die Anliefernden ermöglichen, um die rechtzeitige Bereitstellung lebensrettender humanitärer Hilfe zu gewährleisten. Dies muss auch den Zugang für Mitarbeitende, die sich für den Schutz von Kindern einsetzen, miteinschließen.

Nationale Regierungen (so auch Deutschland) müssen:

- sicherstellen, dass die innerstaatliche Politik und Praxis mit dem internationalen Flüchtlingsrecht (einschließlich des Grundsatzes der Nichtzurückweisung, sowie mit den internationalen Verpflichtungen im Rahmen des Globalen Pakts für Flüchtende) in Einklang steht.
- den ungehinderten Zugang zu Bildung gewährleisten, wirtschaftliche Möglichkeiten und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern, einschließlich der Erteilung der erforderlichen Arbeitsgenehmigungen, und den Zugang zur Gesundheitsversorgung für flüchtende Kinder und ihre Familien sowie für die Aufnahmegemeinschaften ermöglichen.
- sich verpflichten zur Schaffung bzw. Stärkung nationaler kindersensibler Sozialschutzsysteme, sowie zur Gewährleistung angemessener Haushaltsmittel für die Umsetzung und Einrichtung von Mechanismen zur Rechenschaftslegung, um sicherzustellen, dass Kinder, die von Vertreibung betroffen sind, und ihre Familien ausreichend unterstützt werden, um die Ernährungsunsicherheit in den Haushalten und Einkommensverluste, die zu Schutzproblemen führen können, abzufedern.
- sicherstellen, dass die nationalen Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 gerecht sind und dass Vertriebene, insbesondere Flüchtende und Asylsuchende, den gleichen Zugang zu Impfprogrammen und allen anderen Aspekten der nationalen Initiativen zur Prävention und Bekämpfung von COVID-19 haben.
- in nationale Systeme und Dienste zum Schutz von Kindern investieren, insbesondere in ein umfassendes Fallmanagement, psychologische Betreuung, psychosoziale Unterstützung und juristische Dienstleistungen wie die Registrierung von Geburten und die Wiederbeschaffung verloren gegangener Dokumente - diese müssen für alle gewaltsam vertriebenen Kinder, einschließlich Flüchtende und Asylsuchende, frei verfügbar und zugänglich sein.

- nationale Kinderschutzsysteme und -dienste aufrechterhalten, die sowohl formelle als auch informelle Überweisungswege und Partner unterstützen und die Erfahrungen von religiösen Führern und ihren Gemeinden einbeziehen und nutzen.

Geber (so auch Deutschland) müssen:

- zumindest die derzeitigen Zusagen für humanitäre Hilfe aufrechterhalten, insbesondere in "vergessenen Krisen" mit chronisch unterfinanzierten Reaktionsplänen, und sicherstellen, dass die im Rahmen dieser humanitären Maßnahmen für den Kinderschutz vorgesehenen Mittel nicht gefährdet werden, um den durch die Krise in der Ukraine entstandenen zusätzlichen Bedarf zu decken.

- dringend humanitäre Hilfe bereitstellen, um den in den Plänen für humanitäre Hilfe und Fluchthilfe dargelegten Bedarf zu decken, und dabei vorrangig Mittel für die Bekämpfung der Faktoren bereitstellen, die am stärksten zu den Schutzrisiken für gewaltsam vertriebene Kinder beitragen, wie z. B. Ernährungsunsicherheit, Verlust des Haushaltseinkommens, fehlender Zugang zu Bildung und die Auswirkungen des Klimawandels.

- neue Mittel für die weltweite Hungerkrise bereitstellen, um die Kürzungen bei der Bereitstellung von Nahrungsmittelhilfe für die von Vertreibung betroffene Bevölkerung abzumildern und eine Verschärfung der Ernährungsunsicherheit in naher Zukunft zu verhindern, indem gleichzeitig mit der Bereitstellung von Nahrungsmittelförderung in die Stärkung der Nahrungsmittelsysteme investiert wird, und zwar im Einklang mit einem Nexus-Ansatz zur Erhöhung der Ernährungssicherheit und der Resilienz.

- vorrangig Mittel für gezielte Maßnahmen zum Schutz von Kindern bereitzustellen und sicherstellen, dass die Aufrufe im Rahmen der humanitären Hilfe und der Nothilfepläne für die Kinderschutzprogramme im Einklang mit der Empfehlung der *Alliance for Child Protection in Humanitarian Action* für 2020 vollständig finanziert werden.¹

Alle humanitären Akteure, einschließlich Vereinte Nationen und Nichtregierungsorganisationen sollten

- sicherstellen, dass dem Schutz von Kindern bei allen humanitären Maßnahmen Vorrang gewährt wird. Übersichten und Bewertungen des Bedarfs an humanitärer und Nothilfe sollten alters- und geschlechtsspezifische Daten und Analysen als Grundlage für die Planung von Maßnahmen enthalten, und alle Pläne für humanitäre und Nothilfe sollten einen speziellen Aufruf zum Schutz von Kindern enthalten, der von einem konkreten Plan für Teilbereiche/Sektoren, Maßnahmen und Zielen begleitet wird.

- gemeinsam darauf hinwirken, dass alle gewaltsam vertriebenen Kinder Zugang zu Kinderschutzdiensten haben und unterstützt werden. Diese sollte insbesondere zu einem umfassenden Fallmanagement und zu psychologischer und psychosozialer Unterstützung sowie zu Diensten, die die Gesundheit und Sicherheit der Kinder fördern, führen - z. B. Zugang zu medizinischer Versorgung, Ernährungsberatung, Nahrungsmittelhilfe, Bildung und speziellen Diensten (z. B. für Kinder mit Behinderungen, oder die geschlechtsspezifische Gewalt überlebt haben, oder für Kinder, die früher mit bewaffneten Kräften oder Gruppen in Verbindung standen). Dies sollte im Einklang mit den Mindeststandards für den Kinderschutz bei humanitären

¹ <https://alliancecpha.org/en/child-protection-online-library/report-unprotected-annual-spotlight-child-protection-funding>

Maßnahmen und als Beitrag zu den UNICEF-Kernverpflichtungen für Kinder bei humanitären Maßnahmen passieren.

- weiterhin den Aufbau von Kapazitäten in den Bereichen Kinderschutz, -mainstreaming und Advocacy zu unterstützen, insbesondere für humanitäre Helfer im humanitären Einsatz und lokale Partner, einschließlich religiöser Führer.

- sicherstellen, dass bei allen Bewertungen, Plänen und Maßnahmen in den Bereichen Ernährungssicherheit, Lebensunterhalt und Ernährung Kinderschutzaspekte berücksichtigt werden, um die Verhütung und Eindämmung von Gewalt und Ausbeutung zu unterstützen, einschließlich der besonderen Schutzprobleme, denen gewaltsam vertriebene Kinder ausgesetzt sind.

- sich gemeinsam dafür einsetzen, dass die Situationsbeschreibung von flüchtenden- und binnenvetriebenen Kindern bei nationalen Regierungen und Geberorganisationen ankommt, und dabei Gelegenheiten zur Stärkung der Stimme und der Beteiligung von Kindern unter Berücksichtigung von Schutzmaßnahmen Vorrang eingeräumt wird, damit wichtige politische Zusagen und Finanzierungsentscheidungen zur Bewältigung ihrer dringendsten Herausforderungen umgesetzt werden können.